

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601.310/3-V/2/85

An das  
Präsidium des  
Nationalrates1017      W i e n

|                        |                    |
|------------------------|--------------------|
| Betrifft GESETZENTWURF |                    |
| Z'                     | 52 -GE/19 85       |
| Datum:                 | 3. OKT. 1985       |
| Verteilt               | 4. OKT. 1985 Kreuz |

*St. Kayek*

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger geändert wird (5. Novelle zum FSVG);

Der Verfassungsdienst übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem mit der Note des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 9. Juli 1985, Zl. 20.586/1-lb/1985, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständiger Erwerbstätiger geändert wird.

2. Oktober 1985  
Für den Bundeskanzler:  
JABLONER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601.730/3-V/2/85

An das  
Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

1010      W i e n

DRINGEND  
- 3. Okt. 1985

Sachbearbeiter  
Kreuschitz

Klappe/Dw  
2388

Ihre GZ/vom  
20.586/1-1b/85  
9. Juli 1985

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Bundesgesetz über die Sozialversicherung  
freiberuflich selbständig Erwerbstätiger geändert  
wird (5. Novelle zum FSVG);

Zu den mit der oz. Note übermittelt Entwurf einer 5. Novelle  
zum FSVG teilt der Verfassungsdienst folgendes mit:

Der Titel des vorgelegten Gesetzentwurfes ist insoweit  
irreführend, als er auf eine Novelle zum Freiberuflichen  
Sozialversicherungsgesetz hinweist, obwohl in Art. I Abs. 1 und  
2 keine Änderungen des FSVG vorgesehen sind. In Abs. 1 wird  
lediglich eine Übergangsbestimmung geschaffen, in Abs. 2 wird  
die 4. Novelle zum FSVG geändert. Aus legislatischer Sicht sollte  
die Rechtstechnik einer Novellierung von Novellen grundsätzlich  
vermieden werden.

Darüber hinaus sollten diese beiden Bestimmungen - da sie  
miteinander in keinem thematischen Zusammenhang stehen  
- deutlicher voneinander abgesetzt werden.

- 2 -

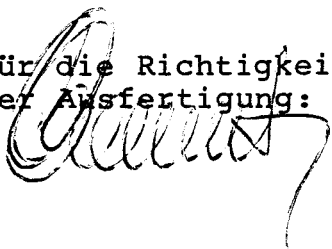
Art. II (Inkrafttreten) könnte einfacher wie folgt lauten:

- "1. Art. I Abs. 1 tritt mit 1. Jänner 1986 in Kraft.
- 2. Art. I Abs. 2 tritt mit 1. Jänner 1985 in Kraft."

Unter einem ergehen 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates.

2. Oktober 1985  
Für den Bundeskanzler:  
JABLONER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Jabloner', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.